

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Beliebigste Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt**.

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 S, bei Zustellung ins Haus 1 M 70 S, bei allen Postanstalten 1 M 50 S inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsbeden, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 S, die Restzeile 30 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Das Neue vom Tage.

In Besetzungen in Braunschweig sind gestern durch ein Großfeuer 9 Häuser eingeebnet worden. Das Feuer ist durch einen Kaminbrand entstanden.

Auf der Nordseeinsel Vorkum wurde ein junger Engländer wegen Spionage verhaftet. Er hatte mit Mithilfe nächtliche Aufnahmen der Festungsanlagen gemacht.

Auf der österreichischen Nordwestbahn bei Bärenndorf sind durch einen Wellenbruch Dammbrüche herbeigeführt worden, welche eine empfindliche Störung des Zugverkehrs zur Folge hatten.

In den Kasernen von Toulon wurden zahlreiche Fälle von Gelbem Fieber festgestellt.

Der an der koreanischen Küste gestrandete englische Panzerkreuzer „Bedford“ gilt als verloren. Ein großer Teil der Besatzung ist ertrunken. (Siehe letzte Depeschen.)

Die Waldbrände von Nordamerika nehmen einen ungeheuren Umfang an. Mehrere Städte sind verbrannt und viele Personen umgekommen. (Siehe Sonderbericht.)

Deutsche Kulturarbeit im Osten.

Aus der Feder des Direktors des königlichen Staatsarchivs in Danzig, Max Bär, ist kürzlich als 83. und 84. Band der Publikationen aus den königlich preussischen Staatsarchiven ein Werk „Westpreußen unter Friedrich dem Großen“ erschienen, das viele bemerkenswerte Beiträge über den damaligen Tiefstand der jetzigen deutschen Ostmark und die Bildung und Gesittung fördernde Arbeit enthält, die bereits Friedrich der Große dort geleistet hat und durch die Festtage in Polen zur Zeit ein besonderes Interesse erregt. Die Besitzergreifung des Landes durch den König von Preußen nach der Teilung Polens ist im allgemeinen ohne Schwierigkeiten erfolgt; selbst an der Eidesleistung und an der Huldbildung beteiligte sich der größte Teil des polnischen Adels freiwillig. Wo das nicht der Fall war, schritt Friedrich der Große mit großer Entschiedenheit ein, so zum Beispiel gegenüber dem Fürsten Sulkowski in Dissa, der sich selbst zur Eidesleistung nicht eingefunden und den Angestellten seiner Güter die Teilnahme an der Huldbildung untersagt hatte. Er ließ dessen Besitz Wittowo mit Beschlagnahme belegen und schrieb eigenhändig an den Rand der Kabinettsorder, die diese Maßregel verfügte: „Mit den Polen muß man durchgreifen oder man richtet nichts aus.“

Unter den Verwaltungsgrundsätzen des Königs stand obenan: die allmähliche Germanisierung (Verdeutschung) des Landes, die Zurückdrängung des polnischen Adels, den der König für unverbesserlich hielt, und die Förderung des Schulwesens. Die Bestattung evangelischer und katholischer Schullehrer war eine seiner ersten Re-

gierungshandlungen bei seiner ersten Anwesenheit in Marienwerder. Auch sonst drang der König auf Gründung deutscher Schulen, „um den gemeinen Mann um so eher von der polnischen Sklaverei zurückzubringen und zur preussischen Landesart anzuführen.“

In einer schrecklichen Verfassung befand sich durchgehends der Bauernstand. Auf ihn waren alle Lasten abgewälzt. Hat doch ein polnischer König, Stanislaus Leszczyński, einmal selbst über den Bauernstand das Wort gesprochen, Polen sei das einzige Land, wo die Masse des Volkes aller Rechte der Menschheit entbehre; man betrachte hier die Bauern als Geschöpfe anderer Art und verweigere ihnen fast die Luft zum Atmen. Friedrich der Große griff sofort mit umfassenden Maßnahmen ein, unter denen die Aufhebung der hauerlichen Leibeigenschaft die bedeutendste war. Ferner war er bemüht, der Menschenarmut des heruntergewirtschafteten Landes zu begegnen; er ließ sofort hundert Knaben aus dem großen Waisenhaus in Potsdam gegen Kostgeld nach Westpreußen schicken und bei guten deutschen Wirten unterbringen, wo sie gleichzeitig Schulunterricht genießen konnten. Außerdem zog er zahlreiche Kolonisten aus allen Teilen des deutschen Landes an sich und siedelte während seiner Regierungszeit nicht weniger als 3221 Kolonistenfamilien mit rund 12 000 Köpfen an.

Diese Kolonisation begegnete jedoch den größten Schwierigkeiten. Um seine Bauten ausführen zu können, mußte Friedrich der Große Maurer aus dem Thüringischen und Zieglerstreicher aus dem Gebiete von Lüttich kommen lassen, da in dem industriearmen Lande die Ziegel einen außerordentlich hohen Preis hatten. Den Rall für seine Bauten bezog er aus Rübendorf bei Berlin. Was sich an Industrie in dem Gebiete vorfand, wurde ebenfalls aufs kräftigste gefördert, so besonders die Tuchmacherei, die bereits bei der Besitzergreifung vorhanden war. Einmal hat der König seit dem Jahre 1773 seine neue Provinz besucht und jahrelang regelmäßig im Juni auf der großen Ebene bei dem Dorfe Modrau in der Nähe von Graudenz eine große Revue abgehalten, zu der sich die höchsten Zivilbeamten einfanden mußten, um ihm über die Fortschritte zu berichten.

Die größten Verdienste um das Land hat sich der König wohl durch die Steigerung des Bodenanbaues erworben. Wenn heutigen Tages jene Gebiete zu den fruchtbarsten und ertragreichsten des Deutschen Reiches gehören, so hat die preussische Verwaltung unter Friedrich dem Großen den ersten Grund dazu gelegt. Die Steigerung des Bodenanbaues bezeichnet der König selbst als „das erste Hauptstück einer jeden Provinz.“ Ein Niederschlag seiner Mahnungen und Weisungen ist die im Jahre 1780 erlassene Dorfordnung für die Ämter, die viermal im Jahre den Inassen von neuem eingeschätzt und den Schulkindern zu Anfang jedes Vierteljahrs von den Lehrern vorgelesen wurde, damit „schon die Jugend den Begriff von einer ordentlichen Wirtschaft und Polizei erhalte.“

Ein Teil des Inhalts dieser beiden umfangreichen Bände war schon bekannt; doch bieten sie daneben zahlreiche neue, bisher unbekannt gewesene Einzelheiten. Sie sind ein überzeugender Beleg

dafür, daß Preußen nach der Besitzergreifung diese Landessteile nicht ausgefaugt und verkommen lassen hat, wie das die Polen mit dem alten, auflösenden Besitz des deutschen Ritterordens nach der Schlacht bei Tannenberg getan haben, sondern daß der preussische Staat stolz sein kann auf die dort von ihm geleistete Arbeit.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wegen Spionageverdachts wurde auf der Nordseeinsel Vorkum ein 23jähriger Engländer verhaftet, der sich nachts in die Nähe der Festungswerke schlich und Mithilfephotos aufnahm. Vom Posten bemerkt, wollte der Engländer fliehen, der Posten drohte zu schießen. Der Verdächtige wurde verhaftet und nach Emden ins Gefängnis übergeführt. Die Photos sind beschlagnahmt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Einheitliche Bearbeitung der Arbeiterfragen. Die Bearbeitung der Arbeiterfragen wurde bisher von den landwirtschaftlichen Korporationen in nicht einheitlicher Weise vorgenommen. Wie uns mitgeteilt wird, soll die fortlaufende einheitliche Bearbeitung der Arbeiterfragen nunmehr der Zentralstelle der Landwirtschaftskammern übertragen werden. Diese wird beauftragt, im nächsten Winter der Konferenz der Kammerpräsidenten ein Programm darüber zur Beschlußfassung vorzulegen, in welcher Weise sie die einheitliche, fortlaufende Bearbeitung aller die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse betreffenden Fragen durchführen zu können glaubt.

Der Tauschhandel mit den Kolonien. Eine gute Kolonialpolitik wird hauptsächlich darauf Bedacht nehmen, möglichst viel Rohstoffe aus den Kolonien für die heimischen Erwerbszweige nutzbar zu machen. Die Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, teilen sich in zwei Kategorien. Die eine sucht in den Kolonien Rohmaterialien zur Erzeugung zu bringen, die bis dahin noch nicht dort vorhanden waren. Hier ist ja die Baumwolle das Rohmaterial, das das größte Interesse beansprucht. Die andere Kategorie sucht bereits vorhandene Erzeugnisse möglichst dem deutschen Gewerbe dienstbar zu machen. Selbstverständlich greifen die beiden Bestrebungen auch ineinander insofern ein, als versucht wird, schon vorhandene Rohmaterialerzeugungen noch zu erweitern. Daß es mit der Ausnutzung der Kolonien für den heimischen Gewerbeleiß weitergeht, zeigt auch die Entwicklung, die die Einfuhr an Rohmaterialien aus Deutsch-Ostafrika genommen hat. Hier bieten die weitausgedehnten Mangrobewaldungen an den Küsten eine für Gerbzwecke durchaus geeignete Rinde. Im Binnenland werden Akazienarten erzeugt, die gleichfalls eine brauchbare Rinde liefern. Wie nun aus dem letzten Heft des Kaiserlichen Statistischen Amtes über den Außenhandel hervorgeht, hat sich die Ausfuhr Deutsch-Ostafrikas an diesen Rinden in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nahezu verdreifacht. Die Entwicklung ist zurückzuführen namentlich darauf, daß eine deutsche Gesellschaft seit Beginn des laufenden Jahres die Ausnutzung der Mangrobewaldungen in die Hand genommen hat.